

Medienkonferenz des Wirtschaftskomitees «Missratenes Energiegesetz NEIN» 21. Oktober 2021, 10:00 Uhr, Schweizerhof, Zürich

«Die Folgen des faktischen Öl- und Gasheizungs-Verbot für die Bevölkerung»

Martin Hübscher, Kantonsrat und Fraktionschef, SVP

Sehr geehrte Damen und Herren

Das neue Zürcher Energiegesetz bringt für den Gebäudesektor strengere Auflagen als das am 13. Juni dieses Jahres vom Schweizer Stimmvolk abgelehnte CO2 Gesetz!

Anstatt den Volksentscheid zu akzeptieren, wird nun im Kanton Zürich versucht eine Regelung durchzuzwängen, welche sogar über die bereits strengen Mustervorschriften der Kantone (MuKE 14) hinausgeht.

Der Kanton Zürich will mit dem Gesetz das Weltklima im Alleingang retten mit weitreichenden Folgen für die Bevölkerung und Gewerbebetriebe in unserem Kanton.

Wie Albert Leiser bereits ausgeführt hat, sind gerade im Gebäudesektor in den letzten Jahrzehnten massive Investitionen erfolgt, welche eine deutliche Reduktion der CO2 Emissionen gebracht haben.

Diese Entwicklung ist zu Begrüssen und wir wollen sie nicht aufhalten. Sie zeigt, dass dafür keine verschärften Gesetze notwendig sind, welche durch Zwang und Bevormundung eine Reihe von Problemen schaffen.

Trotz komplizierten und unklaren Härtefall- und Ausnahmeregelungen stellt das Gesetz viele Liegenschaftsbesitzer und Gewerbetreibende vor grosse Herausforderungen.

Senioren in älteren Liegenschaften werden beim Ausfall der Heizung plötzlich mit hohen ungeplanten Sanierungskosten konfrontiert, obwohl sich eine Handänderung in naher Zukunft bereits abzeichnet. Sie wollen und können nicht in ein Objekt investieren, welches ohnehin in ein paar Jahren um- oder neugebaut wird. Schliesslich werden sie, staatlich verordnet, aus ihrem Eigenheim vertrieben.

Ältere Mehrfamilienhäuser mit seltenem günstigem Wohnraum werden zwangsläufig aufwendig saniert oder wahrscheinlicher: abgerissen und neu gebaut. Mit direkten Folgen für die Mieter, welche Leerkündigungen und Mietzinserhöhungen zu tragen haben.

Auch Gewerbeliegenschaften von KMU sind direkt betroffen. Diese oftmals komplexen Gebäude (Werkstatt, Showroom, Autogarage, Galerie etc.) lassen sich, wenn überhaupt, nur

mit hohen Investitionen so sanieren, dass diese mit erneuerbaren Energien beheizt werden können. Kleinere Betriebe sind dadurch existenziell gefährdet.

Die Schweiz trägt total 0.02% zum globalen CO2 Ausstoss bei, 40% davon durch Heizungsanlagen, wovon der Kanton Zürich höchsten für einen Fünftel verantwortlich ist. Zum Vergleich: China stösst innert 29 Stunden soviel CO2 aus wie die gesamte Schweiz in einem ganzen Jahr. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern laufen in der Schweiz längst intensive Anstrengungen zum Schutz des Klimas und der Umwelt.

Die Ablehnung des eidgenössischen CO2-Gesetzes hat gezeigt, dass die Bürger nicht bereit sind, die überambitionierten Klimaziele der Behörden um jeden Preis mitzutragen. Sie erwarten zu Recht, dass die Massnahmen zur weiteren Reduktion der CO2-Emissionen in der Schweiz ökonomisch tragbar sein müssen und in einem vernünftigen Verhältnis zum angestrebten Nutzen stehen.

Das Gesetz ist eine Zwängerei, es ist nutzlos, unsozial und bürokratisch – daher NEIN zum missratenen Energiegesetz.